

Vor- und Nachteile einer EU-Integration: wirtschaftliche und soziale Folgen des Beitritts am Beispiel Kroatiens.

1. Einleitung

Wie für die meisten Transformationsstaaten, so war und ist auch für die junge Republik Kroatien neben der Etablierung von Demokratie und Marktwirtschaft ein weiteres wichtiges Ziel die Annäherung und Integration in die Europäische Union. Während aber zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus die EU mit den MOEL bereits weitreichende institutionalisierte Beziehungen aufgebaut und somit den Weg für einen Beitritt in die Union geebnet hat, steht Kroatien heute erst am Beginn des langwierigen Integrationsprozesses. Ein Vergleich mit der Nachbar- und ehemaligen „Bruderrepublik“ Slowenien macht die Lage deutlicher: Slowenien weist heute von allen Transformationsstaaten die besten Voraussetzungen für die EU-Integration auf, d.h. von 29 geöffneten Kapiteln konnten bereits 26 Verhandlungen mit der EU erfolgreich geschlossen werden, Kroatien dagegen wurde vor kurzem noch nicht einmal als Beitrittskandidat genannt. Zieht man in Betracht, dass Kroatien neben Slowenien die am weitesten entwickelte Ökonomie im ehemaligen Jugoslawien war, muss die zurückhaltende Reaktion des Westens vor allem auf die politische Situation im Lande während der 90er Jahre zurückgeführt werden.

Erst die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar 2000, die zu einem Regierungswechsel und damit zur Ablösung der seit der Unabhängigkeit regierenden HDZ - Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) führten, brachten für die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Kroatien einen Neuanfang mit sich. Seitdem befindet sich das Land in einem bemerkenswerten Aufholprozess. Neben der Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO im November 2000, konnte Kroatien bereits im Mai 2001 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterzeichnen, das sogleich den Grundstein für eine Partnerschaft darstellt, die das Land für eine spätere EU-Integration vorbereiten soll.

¹ Lehrstuhl für Vergleich und Transformation von Wirtschaftssystemen, J.W. Goethe-Universität Frankfurt/M.

Ausgehend von einer Beschreibung der Ausgangslage Kroatiens nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems und den Entwicklungen in den 90er Jahren, ist es Ziel dieser Arbeit, die möglichen Konsequenzen einer Einbindung Kroatiens in europäische Strukturen herauszuarbeiten. Dabei geht es sowohl um die Auswirkungen, die mit der Unterzeichnung des SAA zusammenhängen, als auch um die künftigen Entwicklungen, die zu erwarten sind, wenn Kroatien vollwertiges Mitglied der Europäischen Union wird.

Die integrationsinduzierten Effekte werden sich auf verschiedenen Ebenen in Kroatien bemerkbar machen. Ein wichtiger Bereich für die kleine Volkswirtschaft Kroatiens ist die Exportwirtschaft, anhand derer zu erwartende Auswirkungen eines gegenseitigen Wegfalls von Einfuhrbeschränkungen aufgezeigt werden sollen. Hier ist vor allem von Interesse, inwieweit die Wirtschaft dem verschärften Wettbewerb standhalten kann und wie sich eine Öffnung und Integration auf den Zufluss von Auslandskapital, die Reduktion von Handelskosten, das Staatsbudget, sowie auf mögliche Migrationeffekte auswirken wird. Neben den wirtschaftlichen Aspekten sind aber auch die sozialen Folgen der Einbindung Kroatiens in den Europäischen Rahmen nicht zu unterschätzen, wie die möglichen Auswirkungen auf Beschäftigung und Lebensstandard. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, wie der gesamte Annäherungsprozess von der Bevölkerung aufgenommen wird und welche Erwartungen im Sinne von Ängsten und Hoffnungen sich daraus ableiten.

2. Ausgangslage

Die Republik Kroatien war bis zur Ausrufung ihrer Unabhängigkeit im Sommer 1991 Teil der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.² Die jugoslawische Variante des Sozialismus mit Arbeiterselbstverwaltung in Verbindung mit Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln stellt daher die systemspezifische Ausgangssituation für die Republik Kroatien auf ihrem Weg zu einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung dar (Kušić 2001: 113-121). Durch Dezentralisierung auf administrativer und wirtschaftlicher Ebene und durch schrittweise Einführung des Marktes für die Koordination der Wirtschaftspläne sollte eine höhere Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft erreicht werden. Der Selbstverwaltungssozialismus hat sich jedoch in der Praxis nicht bewährt. Während noch in den 50er und 60er Jahren beachtliche Wachstumserfolge zu verzeichnen waren, stand die

² Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) bestand aus den sechs Republiken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Makedonien sowie den beiden autonomen Provinzen Wojwodina und Kosovo.

jugoslawische Wirtschaft seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend vor ernststen wirtschaftlichen Problemen. Zahlreiche Reformversuche haben die Kohärenz der sozialistischen Wirtschaftsordnung nach und nach aufgelöst und die schwierige wirtschaftliche Lage zusätzlich verschärft (Kornai 1986: 20).

Das Ausbleiben von Auslandskrediten, eine steigende Arbeitslosigkeit verbunden mit Hyperinflation hat Ende der 80er Jahre zur Einsicht geführt, dass nur eine umfassende Neuausrichtung der politischen und ökonomischen Ebene das Land vor dem Kollaps retten konnte.³ Mit der Verfassungsänderung von 1988 hat Jugoslawien schließlich noch vor den übrigen ehemaligen sozialistischen Staaten die Grundlagen für eine umfassende Veränderung der Wirtschaftsordnung in Richtung Marktwirtschaft gelegt. Honoriert wurde die Entwicklung seitens der Europäischen Gemeinschaft durch den Abschluss eines Assoziierungsvertrags, der die Möglichkeit zur Mitgliedschaft einschloss. Zusammen mit den offenen Grenzen und den daraus resultierenden zahlreichen Kontakten und Handelsbeziehungen mit dem Westen war die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft bereits Ende der 80er Jahre sicherlich eine gute Ausgangslage für die Transformation in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Diese vorteilhafte Lage wurde zunichte gemacht durch die fortschreitende Desintegration Jugoslawiens. Zunehmende politische und nationale Spannungen zwischen den einzelnen Republiken wirkten sich negativ auf die ökonomische Ebene aus. Der Handel wurde mit Zwangszöllen belegt, so dass man seit 1989/90 nicht mehr von einem gemeinsamen Binnenmarkt sprechen konnte. Dies betraf neben Slowenien hauptsächlich Kroatien, das einen Großteil der Produktion in die südlichen Republiken exportierte. Zusätzlich zum Verlust der Märkte machten sich vor allem die beginnenden kriegerischen Auseinandersetzungen bemerkbar (Kušić und König 1999: 224-237)

Staatliche Unabhängigkeit

In den beiden nördlichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien wurden 1990 freie Wahlen abgehalten, bei denen die kommunistischen Parteien abgewählt wurden. Ziel der neu gewählten Regierungen war neben der Demokratisierung der Gesellschaft und der Einführung der Marktwirtschaft die Trennung von der jugoslawischen Föderation. Nach den entsprechenden Referenden, betrieben die Regierungen konsequent die Änderung des status

³ Die Abhängigkeit Jugoslawiens von Auslandskrediten wurde nach Titos Tod spürbar. Infolge der einsetzenden Ost-West-Entspannung verlor Jugoslawien für den Westen an Bedeutung. Die Folge war ein drastischer Rückgang der Kreditzusagen aus den USA.

quo. Nach Slowenien beschloss auch das kroatische Parlament, der *Sabor*, am 25. Juni 1991 die staatliche Unabhängigkeit. Im Vergleich zur Auflösung der UdSSR und der friedlichen Trennung der Tschechischen und Slowakischen Republik, war das Auseinanderbrechen Jugoslawiens jedoch mit tragischen Ereignissen verbunden. Unmittelbar nach Ausrufung der Unabhängigkeit rollten die Panzer der Jugoslawischen Volksarmee JNA. Während sich die JNA nach kurzen Aktionen gegen die slowenische Territorialverteidigung vollständig aus Slowenien zurückzog, wurde Kroatien durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen. Sowohl die Intensität der Kampfhandlungen als auch das Ausmaß waren ungleich größer. Insgesamt wurden 1/3 des kroatischen Wirtschaftspotentials vernichtet, die gesamten Kriegskosten werden auf etwa 23 Mrd. US\$ geschätzt. Zeitweise musste Kroatien den Verlust von etwa 30 Prozent des Territoriums hinnehmen, darunter reiche Agrargebiete und bedeutende Erdölvorkommen in Ost- und Westslawonien (Kušić 1996: 604).

Seit der staatlichen Unabhängigkeit verschlechterten sich die wirtschaftlichen Bedingungen zunehmend. Allein 1991 ging das BIP real um 23 % und die Industrieproduktion um 28 % zurück. Im Zeitraum zwischen Juli 1991 und Juli 1993 halbierte sich sogar die kroatische Industrieproduktion, die Löhne fielen von durchschnittlich 800 DM auf 160 DM. Parallel dazu hat der Einbruch der Wirtschaftsaktivität zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, der laut kroatischem Arbeitsamt (Hrvatski zavod za zapošljavanje - HZZ) allein 1991/1992 mit 253.100 registrierten Arbeitslosen etwa 59 Prozent betrug. Ende 1992 lag die Arbeitslosenquote bereits bei über 18 Prozent und stieg in der Folgezeit kontinuierlich an. (HZZ, 02.09.2002).

Neben den kriegerischen Auseinandersetzungen waren auch die vererbte jugoslawische Wirtschaftsordnung sowie die Wirtschaftspolitik der 90er Jahre für die bescheidenen Ergebnisse verantwortlich. Die Erblast, die Kroatien von der überkommenden Wirtschaftsordnung übernommen hat, äußerte sich in einer Hyperinflation, einer hohen Auslandsverschuldung und in einem hohen Haushaltsdefizit. Eine weitgehende Preis- und Außenhandelsliberalisierung war zu Beginn der Transformation bereits erfolgt, so dass in erster Linie der Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in Angriff genommen werden musste. Im Dezember 1991 wurde der *Kroatische Dinar* (HRD) eingeführt und fungierte als Interimswährung. Nach anfänglichen Erfolg, die monatlichen Inflationsraten konnten zunächst von 25 auf etwa 15 % zurückgeführt werden, geriet die Inflation wieder außer Kontrolle. Erst das Stabilisierungsprogramm vom Herbst 1993 konnte die Inflationsraten

langfristig auf ein Niveau zwischen 4 bis 6 Prozent reduzieren. Auch das zuvor hohe Haushaltsdefizit konnte durch Abbau von Subventionen, einer restriktiven Ausgabenpolitik und der reformierten Steuergesetzgebung schrittweise gesenkt werden (Schönfelder 1993: 320-329).

Verlorene Jahre.....

Während die makroökonomische Stabilisierung relativ erfolgreich war, traten auf der mikroökonomischen Ebene die Versäumnisse der Politik offen zu Tage. Die Privatisierung wurde durch eine inkonsequente stop-and-go Politik vor dem Hintergrund politischer Machtkämpfe durchgeführt. Die Gesetzgebung ermöglichte den Insidern Spielräume, insbesondere Direktoren der ehemals gesellschaftlichen Unternehmen, zum einem bei der Bewertung der Unternehmen, zum anderen bei der Übernahme. Oft wurden den Direktoren durch ihre Beziehungen zu Banken Kredite bereitgestellt, wobei die Unternehmensaktiva zur Kreditsicherung dienten. Nach mehr als zehn Jahren Privatisierung ist der Staatssektor mit etwa 40-45 % am BIP weiterhin groß. Die gewählten Privatisierungsverfahren führten zu einer Eigentümerstruktur der nun privaten Unternehmen, die vorwiegend von Insidern dominiert werden und somit wenig Anreize für ein Engagement strategischer Investoren bieten. Zusätzlich fehlt sowohl der Zufluss an ausländischen Kapital als auch an ausländischen Know-how, um die Unternehmen zu modernisieren und neue Absatzmärkte zu schaffen (Kušić 2001: 246-247).

Neben den binnenwirtschaftlichen Versäumnissen geriet das Land auch außenpolitisch zunehmend unter Druck. Grund dafür war die mangelnde Demokratisierung des Landes und vor allem die Rückeroberung der besetzten Gebiete in Westslawonien und der Krajina im Sommer 1995. Als Reaktion darauf wurde Kroatien aus dem PHARE-Programm ausgeschlossen, der Zugang zu internationalen Finanzmärkten erschwert und bereits bewilligte Kredite zum Aufbau der Infrastruktur seitens des IWF eingefroren. Bis Ende 1999 blieb Kroatien eines der wenigen Transformationsstaaten außerhalb der Nato-Partnerschaft für den Frieden und konnte kein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union abschließen (Barisitz 1999: 60-63).

Ende der Tudjman-Ära

Nach dem Tode Tudjmans erlitt die seit 1990 regierende Partei HDZ eine vernichtende Niederlage bei den Parlamentswahlen im Januar 2000. Sieger wurde eine breite Koalition der früheren Oppositionsparteien unter der Führung des Ministerpräsidenten Ivica Račan von der SDP (Sozialdemokraten). Die neue Regierung hat sich als oberstes Ziel die Verbesserung der Beziehungen zur EU gesetzt und zeigte sich in wirtschaftlichpolitischen Bereichen kooperationsbereit. Gleichzeitig war auch seitens der EU Bereitschaft zu erkennen, den Demokratisierungsprozess zu unterstützen. Unmittelbar nach den Wahlen wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die die aktuelle Lage vor Ort erkunden sollte. Gespräche über ein mögliches Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der EU und Kroatien begannen schon im Januar 2000 in Brüssel. In einem bemerkenswert schnellen Aufholprozess gelang es Kroatien die von der EU gesetzten Bedingungen zu erfüllen und das Abkommen schon im Mai 2001 zu unterzeichnen. Das Ziel des SAA ist innerhalb einer Übergangszeit von sechs Jahren graduell eine Freihandelszone zwischen Kroatien und der EU einzurichten und Reformen für eine Übernahme der EU-Standards zu unterstützen.⁴ Damit rückte die Perspektive eines EU-Beitrittes Kroatiens in greifbare Nähe. Kroatien, das noch vor 2 Jahren keinerlei Beziehungen zur EU unterhielt, bereitet nun einen Antrag auf EU Mitgliedschaft vor, der im Januar 2003 bei der EU eingereicht werden soll.⁵

Transformation und Integrationsfähigkeit

Trotz der dynamischen Entwicklung seit dem Regierungswechsel im Jahre 2000, darf man nicht vergessen, dass in Kroatien vielfältige Aufgaben der Transformation noch ausstehen. Gleichzeitig werden Maßnahmen durchgeführt, die mit dem WTO-Beitritt für eine erfolgreiche Einbindung in die internationalen Märkte notwendig sind. In zahlreichen kroatischen Publikationen werden die einzelnen Prozesse und deren Auswirkungen undifferenziert betrachtet, was zur Fehlinterpretationen führen kann. Aus diesem Grunde sollte bei einer Betrachtung der Kosten und Nutzen einer EU-Integration Kroatiens zwischen den Wirkungen der Transformation, den Wirkungen der EU-Integration und denen der

⁴ Die schon jetzt geltenden Freihandelsabkommen für bestimmte Produktgruppen sollen im Rahmen des SAA auf alle Bereiche ausgedehnt werden. Neben der Liberalisierung des Handels umfasst das SAA auch die Arbeitskräfte- und Kapitalmobilität, wodurch Kroatien schon vor der vollen Mitgliedschaft ein hoher Grad an Integration angeboten wird.

⁵ Aussage des kroatischen Ministers für europäische Integration, Juli 2002.

zunehmenden internationalen Arbeitsteilung differenziert werden, soweit dies möglich ist (Inotai 2000: 20-21)

Auch wenn vereinfachte Betrachtungsweisen zu dem Schluss kommen, dass die EU-Integrationsfähigkeit der MOEL das Ergebnis erfolgreicher, unabhängig vollzogener Transformationsprozesse sei, ist diese einfache Kausalität fragwürdig.⁶ Denn den Kandidaten der ersten Stunde wurde schon Mitte der 90er Jahre eine Beitrittsperspektive eröffnet. Durch die klare Zielvorgabe wurde es für die respektiven Regierungen einfacher, schmerzhaft Reformen durchzusetzen. Gleichzeitig unterstütze die EU mittels speziellen Programmen wie PHARE den institutionellen Aufbau. In diesem Sinne kann man von einem interdependenten Prozess sprechen, denn die EU beteiligte sich somit an den Kosten der Transformation. Die Integration kann somit als eine Fortführung und Intensivierung der Transformation angesehen werden. Demgegenüber waren die übrigen Transformationsstaaten, darunter auch Kroatien, auf sich alleine gestellt und mussten die Kosten der Transformation bislang ohne Hilfe tragen (Kušić 2002: 23).

Erst mit der Unterzeichnung des SAA hat sich für Kroatien die Situation geändert. Das SAA bietet nun für Kroatien einen solchen Akzelerator für die ausstehenden Aufgabenbereiche der Transformation und ebenso ein Ziel für die schmerzhaften, aber notwendigen, Umstrukturierungen. Das SAA kann und wird in den nächsten Jahren eine ähnliche Rolle spielen, wie die Hilfsprogramme der EU für die MOEL in den 90er Jahren. Den schmerzvollen Einschnitten wird langfristig eine „Belohnung“ durch die tiefere Integration in die EU und zweitens kurzfristig eine direkte finanzielle und auch beratende Unterstützungen seitens der EU gegenüberstehen. Doch neben einem überwiegend positiven Echo auf diese Aussichten werden in Kroatien aber auch die Stimmen derer lauter, die vor einer schnellen Integration in die EU warnen.⁷ Neben Vertretern der jetzigen Opposition, die gerne die „nationalen Perlen“ auch weiterhin durch Schutzzölle von der ausländischen Konkurrenz bewahren wollen, treten insbesondere Vorstände und Direktoren derjenigen Unternehmen hervor, die sich bislang aufgrund ihrer Größe und Position auf den vermachteten Märkten gut eingerichtet haben. Aufgrund der geschützten Marktsegmente konnten sie ihre Position auch ohne weitreichende Restrukturierung und Modernisierung beibehalten. Gemeinsam versuchen sie nun die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass sich die schnelle Annäherung an europäische Strukturen insgesamt nachteilig für die heimische Wirtschaft auswirken wird. In dieser Arbeit

⁶ Expertenrunde auf der DGO-Jahrestagung in Berlin, März 2001.

⁷ Tagespresse z. B. Večernji List, Vjesnik, insbesondere seit Frühjahr 2002.

werden daher mögliche Vor- und Nachteile der Integration Kroatiens in die Europäische Union erörtert.

3. Aussenhandel und Integration

In der klassischen Außenhandelstheorie wird einer Integration von Wirtschaftsräumen per se als wohlfahrtsstiftend angesehen, da innerhalb der integrierten Wirtschaftszonen das Ideal des Freihandels verwirklicht wird. Doch hängen die positiven Effekte von verschiedenen Parametern ab. Diese Elemente sind der Grad der Offenheit der respektiven Ökonomien, ihr Entwicklungsniveau, ihre Handelsstruktur und das Niveau der Marktprotektion vor und nach der Integration. Im allgemeinen wird die Integration mit geographisch nahen, offenen und weiter entwickelten Ökonomien zu schnellerem Wachstum führen. Diese Argumente treffen für eine regionale Integration zwischen Kroatien und der EU zu, so dass man langfristig von positiven Wachstumseffekten ausgehen kann (Blank/Clausen/Wacker 1998: 40-42).

Der gegenseitige Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen bewirkt laut Integrationstheorie eine Handelsausweitung. Da Kroatien nach dem Beitritt zu einem gemeinsamen Markt gehören wird, mit dem es schon jetzt ca. $\frac{3}{4}$ seines Handels abwickelt, ist im Falle der Integration eine starke Beeinflussung der Exporte und Importe zu erwarten. Auch wenn durch das SAA eine schrittweise Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und Kroatien innerhalb von sechs Jahren eine schrittweise Senkung der Zollsätze schon jetzt vorsieht, werden im Rahmen des Abkommens aber nicht alle Handelshemmnisse beseitigt: Anti-Dumping Regelungen und Schutzregelungen wie die restriktive Ursprungsregel bleiben zunächst bestehen. Diese werden erst mit der vollen Mitgliedschaft wegfallen. Zudem werden die Handelskosten durch das Wegfallen von nicht-tarifären Handelshemmnissen und Grenzkontrollen reduziert. Exportierende Unternehmen müssen ohne diese Erleichterung ihre Produkte verändern, um sie an die erforderlichen technischen Standards und Regulierungen der importierenden Länder anzupassen. Dadurch entstehen ihnen bedeutende Kosten, die als zusätzliche Produktionskosten für den Exportmarkt interpretiert werden können (Buch/Piazolo 2000: 12). Nach einer Studie aus dem Jahre 2001 könne sich im Falle einer Integration von Kroatien in die EU der Handel zwischen diesen beiden im Zeitraum der schrittweisen Zolllsenkung um 37 % erhöhen (Dukec/Kušić/Radić 2001: 402-405).

Doch ist ein größerer Binnenmarkt in der kurzen Frist auch mit erheblich Anpassungskosten auf kroatischer Seite verbunden. Die integrationsinduzierten Veränderungen sind nicht unmittelbar und kostenlos, sondern eher als externe Schocks anzusehen, die Auswirkungen auf Effizienz, Einkommen und Beschäftigung haben (Jovanovic 1998: 89). Zu einem der Erfolgsfaktoren einer ökonomischen Integration gehört auch die Existenz einer ähnlichen Produktions- und Handelsstruktur innerhalb des Integrationsgebietes, welche die positive Wohlfahrtswirkung in den Mitgliedsländern durch Wettbewerbs- und Spezialisierungseffekte, erhöhen (Blank/Clausen/Wacker 1998: 40-42). Ein Blick auf die Entwicklung des kroatischen Außenhandels deutet bereits darauf hin, dass es Kroatien noch nicht geschafft hat seine Exporte auf die hoch entwickelten anspruchsvollen westeuropäischen Märkte auszurichten. Vielmehr ist das Außenhandelsdefizit graduell in den 90er Jahren gestiegen, und reflektiert damit unter anderem die absolute Abnahme der Exporte in die EU. Einerseits können hierfür Handelsumlenkungen in Richtung MOEL zu Ungunsten Kroatiens verantwortlich gemacht werden. Andererseits nutzt Kroatien die momentan eingeräumten Exportquoten in die EU nicht aus, denn die Kroatischen Produkte finden wegen ungenügender Qualität und/oder zu hohen Preisen für die gebotene Qualität keine Abnehmer. Kroatien hat es demnach bislang versäumt, seine Produkte an die Nachfragestruktur in der EU anzupassen, und es besteht aus diesem Grunde ein starker Anpassungsdruck an das höhere innereuropäische Produktionsniveau. Ein Vergleich mit den MOEL zeigt, dass diese einen viel größeren Prozentsatz ihrer Exporte in die EU lenken und demnach angenommen werden kann, dass sie ihre Produktionsstruktur in den 90er Jahren stärker als Kroatien modernisiert haben.

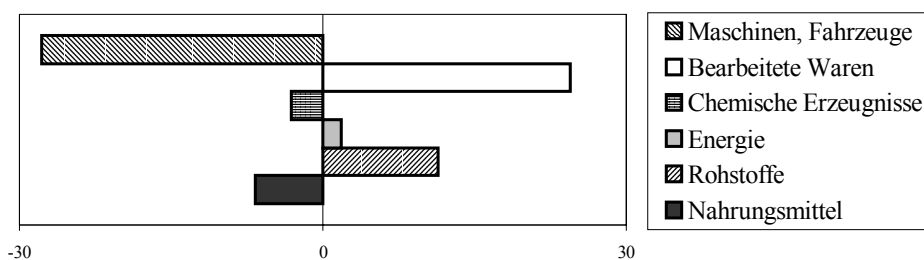
Tab. 1: Exporte und Importe in die EU als Anteil der totalen Exporte und Importe und die Handelsbilanz mit der EU in Prozent

	Importe von der EU	Exporte in die EU	Handelsbilanz
Ungarn	64,4	76,2	-7,13
Polen	64,9	70,5	-27,05
Estland	65,0	72,7	-20,91
Slowenien	68,6	66,0	-12,67
Tschechische Republik	64,0	69,2	-7,8
Kroatien	58,0	48,8	-41,49

Quelle: Boromisa (2001): 7

Im Vergleich zu 1993 hat Kroatien heute in den gleichen Bereichen komparative Vorteile bzw. Nachteile, was wiederum ein Indiz dafür ist, dass Kroatien mit den Anpassungen seiner Produktion- und Handelsstruktur erst viel später begonnen hat als andere MOEL Staaten. Neben der mangelnden Umstrukturierung ist aber gleichfalls hervorzuheben, dass die kroatische Exportstruktur auf arbeits- und rohstoffintensive Güter konzentriert ist, während human- und technologieintensive Güter stark unterrepräsentiert sind (Dukec/Kušić/Radić 2001: 392).

Abbildung 1: Spezialisierung Kroatiens im Handel mit der EU (2000), Index „Beitrag zur Handelsbilanz“ in 1/1000 des BIP



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben aus der Eurostat-Datenbank Comext auf Zweisteller-Ebene der SITC, Rev.3-Nomenklatur.

Auch unterscheidet sich die kroatische Handelsstruktur mit der EU stark von der innereuropäischen. Anhand des Finger-Kreinin Indikators kann die strukturelle Ähnlichkeit der Exporte Kroatiens in die EU mit dem Handel innerhalb der EU verglichen werden. Dahinter steht die Annahme, dass je ähnlicher die Exporte eines Landes in die EU den Intra-EU Exporten sind, desto fortgeschrittener sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Parteien und desto geringer werden die Anpassungskosten für das Land sein, wenn es stärker in die EU integriert wird (Bernard 1997: 120). Der FK-Index kann Werte zwischen 1 und 0 annehmen, und je näher die Werte an 1 sind, desto ähnlicher sind sich die Handelsstrukturen. Tabelle 2 zeigt, daß sich die Struktur des kroatischen Handels mit der EU stark von der Intra-EU-Handelsstruktur unterscheidet und bestätigt damit die oben geäußerte Vermutung, daß Kroatien in den kommenden Jahren noch einiges an Anpassungen an die neuen Nachfragestrukturen bevorsteht (Dukec/Kušić/Radić 2001: 388-398).

Tabelle 2: Finger-Kreinin Indizes für die Intra-EU Exporte und die Exporte Kroatiens in die EU (2000)

FR	ES	IT	SE	PT	AT	BE	DE	FI	DK	GR	LX	NL	IE	HR
0,90	0,85	0,85	0,84	0,83	0,83	0,83	0,83	0,82	0,82	0,78	0,77	0,77	0,76	0,48

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben aus der Eurostat-Datenbank Comext auf Zweisteller-Ebene der SITC, Rev.3-Nomenklatur.

Die nötige Umstrukturierung ist für Kroatien mit hohen Kosten verbunden, doch stellt sie auch unabhängig von der EU-Integration eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Einbindung der kroatischen Wirtschaft in die internationalen Märkte dar, auf denen komparative Vorteile zunehmend durch Investitionen in Forschung und Ausbildung sowie der Entwicklung von Informationstechnologien geschaffen werden. (Konjhodzić 2000: 8).

4. Wettbewerbsbedingungen, Economies of Scale und Investitionen

Die bislang insgesamt geringen Impulse zur Restrukturierung und Modernisierung der kroatischen Wirtschaft resultieren größtenteils aus der Privatisierungspraxis, bei der statt ausländischer Investoren vorwiegend Insider zum Zuge kamen. Parallel hierzu war der kroatische Markt stark durch Zölle abgeschottet, was den Produzenten einen großen Spielraum für Preiserhöhungen ohne gleichzeitige Qualitätsverbesserungen gab. Diese Tendenz wurde noch verstärkt durch den hohen Monopolisierungsgrad in der Industrie, der bis dato nicht aufgebrochen ist. Durch den schrittweisen Wegfall der Außenzölle gegenüber der EU und durch die im Rahmen der WTO zu befolgenden Klauseln wird es zu verstärktem Wettbewerb auf dem kroatischen Binnenmarkt kommen. Sowohl die Zollunionstheorie als auch die bisherigen Erfahrungen mit der EU-Integration geben Anlaß zur Annahme, daß eine vollwertige Mitgliedschaft in der EU das Wirtschaftswachstum Kroatiens beschleunigen könnte, da eine Markterweiterung neben Spezialisierungsvorteilen eine Intensivierung des Wettbewerbs, die Ausnutzung von Economies of Scale sowie einen Anstieg in- und ausländischer Investitionen ermöglichen kann. Hier stellt sich die Frage nach der Relevanz dieser Integrationseffekte für Kroatien.

Wettbewerb

Der kroatische Binnenmarkt ist bis dato durch einen hohen Konzentrationsgrad der Industrie auf der einen Seite und auf der anderen Seite durch die Existenz vieler kleiner Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten gekennzeichnet (USAID Croatia 2001: 37). Man kann annehmen, daß aufgrund der Enge des nationalen Marktes auch für einige größere Unternehmen die einer effizienten Produktion entsprechende Ausbringungsmenge größer wäre als jene, die vom heimischen Markt absorbiert werden kann. Eine integrationsbedingte Ausweitung der Absatzmärkte könnte die Effizienz der Produktion erhöhen, da sie eine Ausdehnung der Produktionskapazität und damit die Ausnutzung von

Massenproduktionsvorteilen erlaubt. Über eine Senkung der Produktionskosten könnte dies sowohl zu einer Ersetzung von Importen auf dem inländischen Markt als auch zu einer zusätzlichen Erhöhung von Exporten führen. Ob diese Vorteile genutzt werden können, hängt allerdings in hohem Maße auch davon ab, ob die betroffenen Unternehmen es schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Erzeugnisse auf europäischen Märkten zu erhöhen.

Eine schrittweise Senkung der kroatischen Einfuhrzölle wird aber auch zu einer weiteren Zunahme von Importen aus der EU führen. Eine Studie (Samardžija/Stančić/Nikić 2000) prognostiziert die Zunahme von Importen aus der EU von etwa 12 Prozent. Diese Intensivierung des Wettbewerbs wird die Unternehmen zu betriebsinterner Umstrukturierung, zu effizienterer Nutzung von Ressourcen und zur Stilllegung unrentabler Produktionsstätten zwingen. Auch dadurch können Kosten gesenkt und die Gewinnspannen für Unternehmen, die diese Chance nutzen, trotz erwarteter Preissenkungen, erhöht werden. Ein schärferer Wettbewerb kann zudem zur Zerschlagung monopolistischer und oligopolistischer Marktstrukturen führen, denen in Kroatien noch große Bedeutung zukommt. Eine Verschärfung von Wettbewerbsbedingungen sowie die Möglichkeit der Ausschöpfung von Skalenvorteilen bergen andererseits auch die Gefahr von verstärkten Unternehmenszusammenschlüssen und damit der Entstehung neuer marktbeherrschender Unternehmen. Diese wird um so geringer, je konsequenter sich Kroatien selbst um die Umsetzung der schon bestehenden Rechtsvorschriften zum Schutz des freien Wettbewerbs bemüht (Dobias 2000: 126).

Allerdings kann ein solcher „kreativer“ Destruktionsprozeß erst dann stattfinden, wenn die kroatische Regierung ihr Versprechen einlöst, direkte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft nicht weiter fortzusetzen und nicht länger für krankende Unternehmen einzustehen. Auch die konsequente Durchführung von Konkursverfahren wäre hierfür eine Voraussetzung. Neben positiven Effekten auf Produktion und Wachstum werden auf diese Weise innovative Kräfte freigesetzt und technischer Fortschritt ermöglicht. Insbesondere für ein kleines Land wie Kroatien kann die Integration in die EU in diesem Sinne eine Erweiterung von technologischen, finanziellen und humanen Ressourcen für die Entwicklung neuer Herstellungsverfahren und neuer bzw. qualitativ hochwertigerer Produkte bedeuten.

Investitionen

Eine Erhöhung der Effizienz und die Verbesserung der Möglichkeiten, über eine Vergrößerung der Ausbringungsmenge die Produktionskosten zu senken, kann sich gleichzeitig auch positiv auf die Investitionstätigkeit auswirken. Denn auf der einen Seite werden neue Investitionen benötigt, um der zunehmenden Konkurrenz standhalten und Spezialisierungsvorteile realisieren zu können, auf der anderen Seite erhöht sich durch eine Markterweiterung das Nachfragepotential, wodurch auch die Attraktivität von Neuinvestitionen steigt. Da in Kroatien die Investitionen aber seit 1997 aufgrund einer geringen Sparquote auf niedrigem Niveau stagnieren, sind für das Land in diesem Zusammenhang insbesondere ausländische Direktinvestitionen (ADI) von Interesse. Diese können einen signifikanten Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten, ohne dabei die Inlandsersparnis oder die heimischen Devisenbestände zu beanspruchen, und sind zudem in der Regel mit einem Transfer von Technologien, Know How und Unternehmerkompetenz verbunden. Die Integration in die EU könnte Kroatien dabei helfen, die für den Strukturwandel dringend benötigten ADI anzuziehen. Vor allem durch den damit verbundenen Beitritt in einen Gemeinsamen Markt, der eine Harmonisierung von Regulierungen, Standards und nationalen Politiken vorsieht, können politische und andere Investitionsrisiken reduziert werden. Wichtig ist hierbei auch der „psychologische“ Effekt des Beitritts in eine Integrationsgemeinschaft. So zeigen z.B. die Erfahrungen Irlands und auch Ungarns, wie schnell ausländische Investoren von einem Land angezogen werden können, nachdem es Mitglied der Gemeinschaft geworden ist beziehungsweise als Beitrittskandidat gahandelt wird (Donges 1982: 102).

Auch die Tatsache, daß 1998 zwei Drittel der ADI-Zuflüsse in die mittel- und osteuropäischen Länder von Investoren aus der EU stammten, kann zumindest teilweise mit der Erwartung eines künftigen Beitritts der Mehrzahl dieser Länder in die EU erklärt werden (Unctad 1999: 71). Doch kann der Beitritt zur EU allein nicht ausreichen, um ausländisches Kapital anzuziehen, da eine wichtige Voraussetzung dafür ein allgemein gutes Investitionsklima ist. Obwohl sich Kroatien aber gerade in den letzten Jahren sehr darum bemüht hat, seine Reputation als attraktiver Standort, die es zunächst durch den Krieg und später durch Privatisierungsmißerfolge, die Bankenkrise und wiederholte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft verloren hat, wiederherzustellen, gibt es noch eine ganze Reihe von Investitionshemmnissen. Potentielle Investoren beklagen hier z.B. zu hohe Lohnkosten und

Steuern, wenig transparente und komplizierte administrative Anforderungen sowie ein ineffizientes Rechtssystem, das weder in der Lage ist, Probleme im Zusammenhang mit noch ungelösten Eigentumsrechten oder mit Korruptionsfällen in der staatlichen Verwaltung schnell zu lösen, noch die Einhaltung von Verträgen oder die Beilegung wirtschaftlicher Rechtsstreitigkeiten garantieren kann. Als weiterer Faktor kommt die staatliche Fiskalpolitik hinzu, die durch unkontrollierte Ausgabenexpansion, zur Verunsicherung von Investoren führt, die eine Erhöhung der Inflation und höhere Zinsen fürchten. Allerdings sollte man auch erwähnen, daß sich in diesen Bereichen in den letzten Jahren schon viel getan hat. So zeigt auch der deutliche Aufwärtstrend in der Entwicklung der ADI, daß das Vertrauen der Investoren langsam zurückkehrt.

Tabelle 3: Zufluß Ausländischer Direktinvestitionen, 1993-1999

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
ADI in Mio. US\$	120,2	117,0	115,0	504,0	517,5	893,2	1381,8

Quelle: Croatian Ministry of Economy (2000), S. 10.

5. Budgeteffekte

Unter Budgeteffekten werden zwei gegenläufige Auswirkungen verstanden. Auf der einen geht es um Transfers, die Kroatien im Falle eines Beitritts aus dem EU-Budget erhalten wird, und auf der anderen Seite sind hier die wegfallenden Zolleinnahmen zu erwähnen. Die Transfers von der EU werden hauptsächlich aus den Strukturfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU zu erwarten sein. Da sowohl die GAP als auch die Strukturpolitik reformiert sein werden, wenn Kroatien der EU beitrifft, ist es schwierig, diese Effekte zu quantifizieren. Baldwin et al. halten für die MOEL Transferzahlungen aus den Strukturfonds in Höhe von 5 % des BIP für eine realistische Schätzung, Piazzolo geht für Polen von 4 % des BIP aus (Baldwin 1994: 153) (Piazzolo 1999: 23).

Unabhängig von der Art der Reformen, ist jedoch zu erwarten, daß aufgrund des Aufbaus des Eigenmittelsystems der Beitrag Kroatiens zum EU-Haushalt kleiner sein wird, als die Transferzahlungen, die Kroatien von der EU erhalten wird. Generell ist der Beitrag zum EU-Haushalt um so geringer und die Ansprüche aus den Strukturfonds und der GAP um so höher, je ärmer (BIP pro Kopf) und je agrarischer ein Land ist. Aufgrund des im EU-Vergleich geringen Pro-Kopf-BIP Kroatiens und einem Anteil der Landwirtschaft am BIP von 8,6 Prozent, wird Kroatien zu den Nettoempfängern in der EU gehören. Die Strukturhilfen

könnten dazu beitragen, daß die Modernisierung der Wirtschaft neue Impulse erhalte, was sich ebenfalls positiv auf die ADI auswirken könnte. Dadurch würden wiederum zusätzliche Wachstumsimpulse ausgelöst und die Zahlungsbilanzbeschränkung des Wirtschaftswachstums gelockert. Eine wichtige Voraussetzung für solche Auswirkungen der Transferzahlungen ist allerdings, daß sie nicht fehlgeleitet werden, und das Überleben wettbewerbsunfähiger Wirtschaftszweige und Unternehmen finanzieren. Diese Gefahr zeigt auch die Erfahrung des bisherigen Empfängerlandes Griechenland, wo die Finanzaufwendungen der EU den Druck der Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen verringert haben. So unterblieben schmerzhaft Reformen zur Modernisierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, wodurch die wirtschaftliche Entwicklung deutlich schlechter verlief als in Spanien und Portugal (Axt 1995: 99-103).

Der andere, sich negativ niederschlagende, Budgeteffekt wird sich dadurch einstellen, daß für Kroatien die Integration mit der EU mit einem Verlust von Zolleinnahmen verbunden ist. Dies ist allerdings ein Integrationseffekt, der nicht allein aus einem EU-Beitritt, sondern auch aus dem Beitritt Kroatiens zur WTO und dem Abschluß von zahlreichen Freihandelsabkommen resultiert. So sind schon im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr die Zolleinnahmen Kroatiens im Rahmen der Vorbereitungen auf den WTO-Beitritt um 11,5 Prozent gesunken (Ministarstvo financija 2000: 32-33). Auch für das Jahr 2001 ist ein Sinken der Zolleinnahmen zu erwarten, da weitere Zollsenkungen mit der WTO vereinbart sind und Kroatien seine Zölle zusätzlich gegenüber Ländern abbauen wird, mit denen es Freihandelsabkommen geschlossen hat. In den folgenden sechs Jahren werden weitere Freihandelsabkommen sowie die Vereinbarungen im Rahmen des SAA zu einem weiteren Verlust von Zolleinnahmen führen.

6. Soziale Effekte

Die Integration Kroatiens in die EU ist nicht ohne Anpassungskosten realisierbar. Sie resultieren aus der bis dato mangelnden Umstrukturierung der Unternehmen und nicht vollzogenen Anpassung an die Nachfragestruktur der EU. Die kurzfristigen Anpassungskosten werden sich daher zunächst am Arbeitsmarkt bemerkbar machen, wo bereits jetzt mit einer Arbeitslosenquote von etwa 24 Prozent eine angespannte Lage herrscht (PlanEcon 2002). Mit Beginn der Rationalisierung, Modernisierung und dem schrittweisen Übergang von arbeitsintensiver zur kapitalintensiver Produktion, wird die Zahl der

Arbeitslosen weiter ansteigen. Bereits jetzt im Zuge der Anpassung an das SAA, ist ein Druck auf die Unternehmen zu spüren, effizienter zu wirtschaften und sich für die erwartete stärkere Konkurrenz aus dem Ausland vorzubereiten. Mit der vollständigen Integration dürfte sich dieser Effekt kurzfristig verstärken. Allerdings ist zu bemerken, dass gleichzeitig der Anstieg von Investitionen, der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen und die Ausnutzung von Skalenerträgen mittel- bis langfristig zu einer Neukreation von Arbeitsplätzen führen wird. Kurzfristig bedingen aber die zu erwartenden Konkurse der nichtprofitablen Unternehmen die Entlassung von Arbeitnehmer und damit eine steigende Arbeitslosenrate. In diesem Zusammenhang wird es einerseits notwendig sein, die passive Arbeitsmarktpolitik effizienter zu gestalten und das zum Teil noch weitmaschige soziale Netz enger zu knüpfen, andererseits ist an eine Wiedereinführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu denken, die Ende der 90er Jahre eingeführt, aber kurz darauf wegen Haushaltseinsparungen wieder aufgegeben wurde. Mit den künftig bereitgestellten EU-Mitteln ließen sich beide Maßnahmen verwirklichen (Kovač/Radić/Kušić 2000: 510-530).

Vor allem in der Landwirtschaft, die in Kroatien immerhin noch 8,9 % des BIP ausmacht, wird es mit der Integration starke Einschnitte geben. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe sind klein und für sie ist eine Umstellung auf die hohen EU Standards nicht rentabel. Es wird sich eine ähnliche Situation wie in Polen ergeben, wo die kleinen Betriebe vor die Wahl gestellt werden, sich mit anderen zusammenzuschließen und zu investieren, oder aber die Produktion und den Verkauf ihrer Produkte einzustellen. Gerade für die nicht wohlhabende Schicht der Kleinbauern wird eine Integration in die EU negative Auswirkungen haben. Insgesamt könnte es zur Verteuerung von Lebensmitteln durch Preisangleichung im Zuge der Agrarreform kommen.

Ein nicht zu unterschätzender Effekt ist die zu erwartende Migration von gut ausgebildeten, jungen Arbeitskräften. Dieser stellt sich bereits im Rahmen des SAA durch die künftige Arbeitskräftemobilität ein. Nach einer Umfrage der kroatischen Zeitschrift *Večernji list* vom Mai 2002 ist ein hoher Prozentsatz dieser gut ausgebildeten jungen Arbeitskräfte bereit auszuwandern, um einen adequaten Arbeitsplatz zu finden. Doch sind es genau diese, die für einen Aufbau der kroatischen Wirtschaft wichtig wären, zur Zeit aber nur schwer einen Arbeitsplatz im Land bekommen. Dies könnte einen *brain drain* zu Folge haben, mit negativen Auswirkungen auf die künftige Entwicklung des Landes. Der inner-europäische

Arbeitsmarkt wird dadurch nicht belastet, da ohnehin eine Nachfrage nach eben diesen Fachkräften besteht - die negativen Effekte liegen ganz auf kroatischer Seite.

Doch sind neben diesen negativen sozialen Effekten, die primär aus der wirtschaftlich notwendigen Umstrukturierung resultieren, auch positive Effekte zu nennen. Die zu erwartenden Transferzahlungen der EU an Kroatien könnten als wichtigstes Instrument fungieren, um die negativen Effekte der Integration für bestimmte Regionen, Wirtschaftszweige oder soziale Gruppen abzuschwächen. Die Strukturfonds der EU zielen vor allem auf einen Abbau der regionalen Unterschiede in den betreffenden Staaten ab. Auch Kroatien ist in seinen Regionen sehr heterogen und vor allem die ärmeren, ländlichen Regionen sind bereits seit den 60er Jahren von einer zunehmenden Landflucht betroffen. In den 90er Jahren hat sich diese Tendenz noch verstärkt. Eine schrittweise Verbesserung der Situation in diesen Gebieten mit Hilfe der EU-Strukturfonds könnte die Lebenssituation der dort lebenden Bevölkerung stark verbessern und somit die Landflucht abschwächen. Dies ist umso bedeutender, da Kroatien bis heute keine nennenswerte Regionalpolitik betrieben hat.

Ängste und Hoffnungen

Die Befindlichkeit eines Volkes ist schwer aufzuspüren. Umfragen können nur ansatzweise die Stimmung wiedergeben, die in einem Land herrscht, allerdings ist festzustellen, dass nach der ersten Euphorie über die staatliche Unabhängigkeit weitgehende Ernüchterung über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eingetreten ist. Krieg, Vertreibung und der Zusammenbruch der alten gesellschaftlichen Ordnung haben dazu beigetragen. Nach einem Jahrzehnt wirtschaftlichen Abschwungs und Unsicherheit ist der Wunsch nach Stabilität groß. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht eine stabile Zukunft eingegliedert in die Europäische Union. Dies spiegelt eine Umfrage der Zeitung *Večernji list* vom 26.12.2000 wieder, in der sich 82,2 % für eine baldige EU-Aufnahme aussprachen. Die absolute Mehrheit war dabei für eine möglichst schnelle Erfüllung der EU-Beitrittskriterien, während etwa 30 % für längere Anpassungsfristen bis etwa 2010 plädierten. Interessant dabei ist insbesondere, dass 46 % der Befragten mit dem EU-Beitritt die Verbesserung ihrer eigenen Lebensstandards verbinden, 13,8 % erhofften sich dadurch mehr Demokratie und etwa 21 Prozent wußten nicht, was sie von einer EU-Aufnahme zu erwarten haben. Neuere Untersuchungen aus dem Jahr 2002 ergaben nun, dass die Zahl der EU-Befürworter abnimmt, diese Gruppe allerdings mit knapp 60 Prozent weiterhin die Mehrheit bildet. Insbesondere die Zahl derer, die mit der EU-

Integration eine rasche Verbesserung des eigenen Lebensstandards verbinden, nimmt ab (EIZ 2002). Es ist daher an der Zeit, dass in der öffentlichen Debatte in Kroatien um die Vor- und Nachteile der EU-Integration die notwendigen Anpassungskosten im Zuge des WTO-Beitritts von denen der Integration in die Europäische Union getrennt werden. Dann nämlich überwiegen die Vorteile der Integration.

7. Fazit

Nach einer ursprünglich guten Ausgangssituation Kroatiens zu Beginn der Transformation haben die Folgen des Zerfalls Ex-Jugoslawiens und der anschließende Krieg die Rahmenbedingungen für eine EU-Integration deutlich zum Nachteil verändert. Die gewählte Transformationsstrategie der 90er Jahre hat die wirtschaftliche Lage zusätzlich verschärft. Die internationale Isolation seit Mitte der 90er Jahre hat Kroatien von wichtigen Finanzquellen abgeschnitten und die politische Unterstützung für die Annäherung an die Europäische Union verhindert. Nicht weniger wichtig war der Ausschluss Kroatiens von EU-Aufbaufonds wie PHARE, die in anderen Transformationsstaaten bei der Umwandlung der Volkswirtschaft eine große Hilfe waren. Als Folge musste Kroatien die Transformationskosten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre alleine tragen, während die Beitrittskandidaten (MOEL) von den Finanzhilfen der Heranführungsstrategie der EU profitieren konnten. Statt die Lücke zu den erfolgreichen Beitrittskandidaten zu schließen, hat sie sich noch weiter vergrößert. Erschwert wurde die Lage dadurch, dass die Verantwortlichen seit der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens keine Vision hatten, wie und in welche Richtung die wirtschaftliche Entwicklung gesteuert und gefördert werden sollte. In einer Zeit, in der die Zukunft eines Landes nicht mehr durch Waffen und Armeen gesichert werden kann, sondern insbesondere durch eine hoch entwickelte Infrastruktur und eine gut ausgebildete Bevölkerung, ist dieser Umstand umso schwerwiegender. Auch in diesem Bereich hat das Land wichtiges Terrain gegenüber den übrigen MOE-Staaten verloren.

Mit der politischen Neuausrichtung Anfang des Jahres 2000 eröffneten sich Kroatien wieder neue Chancen, die versäumten Jahre mit Unterstützung der Europäischen Union aufzuholen, und den Weg Richtung EU-Integration einzuschlagen. Trotz zahlreicher innenpolitischer Probleme hat die neue Regierung unter Ministerpräsident Račan konsequent die Öffnung des Landes vorangetrieben und die gebotene Chance genutzt. Mit der Aufnahme in die WTO und der Unterzeichnung des Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens hat Kroatien ohne Zweifel

einen wichtigen Schritt in Richtung Europäische Union getan. Voraussichtlich ab Anfang 2003 wird Kroatien offiziell als Beitrittskandidat gehandelt werden. Wie dargelegt, wird es nicht nur um Verheißungen gehen, sondern einzelne Branchen werden sicherlich bedroht werden. Die Anpassungskosten werden sich in erster Linie bei solchen Unternehmen bemerkbar machen, die sich bislang in geschützten Marktsegmenten bewegten, und es damit nicht nötig hatten, sich an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Bei einer konsequenten Politik werden aber die Vorteile der Integration die kurzfristigen Nachteile überwiegen und die zur Zeit noch bestehende positive Grundeinstellung der Bevölkerung zur EU sollte genutzt werden, um die notwendigen Prozesse in Gang zu setzen. Letztlich gibt es für Kroatien keine Alternative zur Integration in die Europäische Union, denn intraregionale Zusammenschlüsse können nicht die gleichen Anreizmechanismen auf eine nachhaltige und stabile Umstrukturierung Kroatiens ausüben, wie die Einbindung in den Europäischen Rahmen.

Literatur

- Axt, Hans-Jürgen** (1995): Der Beitrag der Europäischen Union zur Modernisierung südosteuropäischer Staaten. In Südosteuropa Mitteilungen, 35. Jg., Nr. 2, S. 99-103.
- Baldwin, R.E.** (1994): Towards an Integrated Europe. CEPR, S. 80-119.
- Barisitz, Stephan** (1999): The Southeast European Nonassociated Countries, in: Focus on Transition No. 1, Österreichische Nationalbank Wien, S. 60-63.
- Bernard, L.** (1997): Alternativ Strategies for External Economic Relations, in: Samaradzija, V. et al. (Hrsg.), Economic Aspects of Croatia's Integration into the European Union, Zagreb.
- Blank, Jürgen, et al.** (1998): Internationale ökonomische Integration, München.
- Boromisa, Ana-Maria** (2001): The First Round of Eastern Enlargement of the EU – Possible Implications for Croatian Trade. Working Paper. Institute for International Relations (IMO), Zagreb.
- Buch, C.M. und Piazzolo, Daniel** (2000): Capital and Trade Flows in Europe and the Impact of Enlargement, Kiel Working Paper No. 1001.
- Dobias, Peter** (2000): Marktwirtschaftliche Transformation in Kroatien, Berlin.
- Donges, Juergen B. et al.** (1982): The Second Enlargement of the European Community. Adjustment Requirements and Challenges for Policy Reform. Tübingen, S.102.
- Drzavni Zavod za Statistiku** (2001): Priopćenje (first Release) 37, No. 4.2.5., Zagreb.
- Dukec, Zvezdana, Siniša Kušić, Dubravko Radić** (2001): Integration in die Europäische Union: Kosten und Chancen für Kroatien, in: Osteuropa-Wirtschaft, 46. Jg., Nr. 4, S. 388-411.
- EIU** (2001): Country Report Croatia, May 2001, London.
- EIZ** (2002): Ekonomski Institut Zagreb
- Hrvatski Fond za Privatizaciju** (2001): Nova privatizacijska Politika, Zagreb.
- Inotai, Andras** (2000): Winners and Losers of EU Integration in Central and Eastern Europe: Cross-Country Reports. The Czech Republik, Hungary, Poland, the Slovak Republik and Slovenia, in: Winners and Losers of EU Integration , Helena Tang (Ed.), Washington, S. 17-51.
- Jovanović, Miroslav** (1998): International economic integration: limits and prospects, London.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften** (2001): Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der EG und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Kroatien im Namen der EG. Kom 371 endgültig, Brüssel.

Konjhodžić, I. (2000): Industrijska politika Republike Hrvatske 21. stoljeće, Zagreb.

Kornai, Janos (1986): The Soft Budget Constraint, in: *Kyklos*, Vol. 39, S. 1-30.

Kovač, Alois, Siniša Kušić, Dubravko Radić (2000): Aktive Arbeitsmarktpolitik in Kroatien: Bewertung der Instrumente und Vorschläge, in: *Südosteuropa, Zeitschrift für Gegenwartforschung*, Jg. 49, Heft 9-10, S. 510-530.

Kušić, Siniša (1996): Privatisierung in Kroatien: Auslandskapital als Hoffnungsträger, in: *Südosteuropa*, 45. Jg. Heft 8, S. 601-614.

Kušić, Siniša (2001): Privatisierung im Transformationsprozess. Das Beispiel der Republik Kroatien, Wiesbaden.

Kušić, Siniša (2002): Gewinner und Verlierer der Transformation: System- und länderspezifische Ausgangsbedingungen, alternative Transformationspfade und EU-Integration, in: *Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse, Arbeitspapiere der Forschungsstelle Osteuropa*, Bremen, S. 20-24.

Kušić, Siniša und Michael König (1999): Zwei ungleiche Brüder auf dem Weg nach Europa. Die Entwicklung Sloweniens und Kroatiens seit der Unabhängigkeit und die Annäherung an die Europäische Union, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, Nr. 3, Jg. 39, S. 230-246.

Ministarstvo financija (2000): Godišnje izvješće ministarstva financija za 2000. godinu [Jahresbericht des kroatischen Finanzministeriums für das Jahr 2000]. Zagreb, S. 32-33.

PlanEcon 2002

Piazolo, Daniel (1999): Welfare Effects versus Income Effects of Polands Integration into the European Union, Kiel Working Paper No. 940.

Samaradzija, Višnja et al. (2000): Hrvatska i EU: koristi i troškovi integriranja, Zagreb.

Schönfelder, Bruno (1993): Croatia between Reform and Post-communist Populism, in: *Communist Economies and Economic Transformation*, Vol. 5. No. 3, S. 317-329.

UNCTAD (1999): World Investment Report 1999. Foreign Direct Investment and the Challenge of Development. New York, S. 71.

USAID Croatia (2001): Strategic Plan 2001-2005.

Vecernji List (26.12.2000)